

# MBI INFORMIERT

**MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN**  
**UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT** Nr.: 09/08

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,  
45468 Mülheim  
Tel. 0208 - 3899810  
Fax 0208 - 3899811

e-mail: [mbi@mbi-mh.de](mailto:mbi@mbi-mh.de)

<http://www.mbi-mh.de>

## Mülheim 2008: "Hopping" von "Glücksinsel" zu "Glücksinsel"?!

Der liebe Gott meinte es gut mit Mülheim, der Stadt mit Ruhr, die vor 200 Jahren von Napoleon Stadtrecht erhielt.

Das Jubiläumslogo war nicht ganz gelungen und über viele Monate merkte in der Stadt an der Riesenbaustelle kaum eine/r etwas von Jubiläumstimmung oder Feiern. Auch die 50.000 "Jubitüten" oder die veranstalteten Busse und Bahnen mit dem Baustellen-Logo konnten wenig begeistern. Doch dann kam der Höhepunkt am letzten August-Wochende mit einer Ballung von parallelen Veranstaltungen, die zu "Inseln des Glücks" umbenannt worden waren.

**Das Risiko bei derart vielen Außenveranstaltungen war sehr hoch, dass alles ins Wasser fallen könnte. Nach wochenlangem schlechten Wetter hatte aber genau dieses Feierwochenende strahlenden Sonnenschein. Schwein gehabt, "altes Mädchen"!**



Doch Glücksgefühl und Feierlaune hielten keine 2 Wochen: Alltag mit Filz +Selbstherrlichkeit war wieder eingekehrt:

## Ratsitzung als Armutszeugnis der Kirchturmsdemokraten!

**Am 11. Sept. war Ratsitzung in Mülheim/Ruhr mit folgenden 5 MBI-Punkten:**

- 1.) Anfrage zum Punkt „Reorganisation der job service GmbH (jsg)“ zu dem betrügerischen ex-jsg-Geschäftsführer Bremekamp, der sich an den Langzeitarbeitslosen schamlos persönlich bereicherte
- 2.) Antrag, analog dem Rat der Stadt Duisburg einen Baustopp für die CO-Pipeline des Bayer-Konzerns von Dormagen bis Uerdingen zu beschließen (Unterschriftenliste als Innenblatt)
- 3.) Antrag zur beabsichtigten Ausschreibung für das ÖPP-Projekt mit jetzt nur noch 3 Schulen im Paket, Vorgaben für die Ausschreibung zu Hausmeistern, Putzfrauen, Vetorecht von Schulleitern etc. zu beschließen
- 4.) Beschlussvorlage zur Änderung der Straßenreinigungssatzung bzgl. der Hinterliegergebühren, um bei der Veranlagung wieder Leistungsgerechtigkeit herzustellen
- 5.) Antrag zur „Zukunft des Flughafens Essen/Mühlheim“ zu beschließen, den Überläuferbeschluss aus 2001 zum Ausbau als Geschäftsfughafen zurück zu holen.

**Ausnahmslos alle MBI-Anträge-/Anfragen wurden per SPD+CDU-Stimmen von der Tagesordnung gestimmt! Ein Tiefpunkt der repräsentativen Demokratie, der von den Grundgesetzvätern so sicher nicht gewollt war. Lebendige Demokratie sieht anders aus!**



### Weitere Themen:

- Düsenflughafen Essen/Mülheim? **Schluss mit den falschen Spielen zum Flughafenausbau!** .....S. 2
- Das Elend der Parteidemokratie: **Paradebeispiel Fluchhafen Essen/Mülheim + die Odyssee eines MBI-Antrags** ..... S.3
- **Mülheimer Betonpolitik und kein Ende?** Jetzt am Rumbachtal Tilsiter Str./Oppspring? ..... S.4
- **Hurra! Denkmalgeschützte MVG-Jugendstilhalle durch Vereine-Engagement endlich gerettet!..S.4**

Unterschriftenliste zum Baustopp der Bayer-CO-Pipeline als Einlegeblatt

**Nach den Spielen also wie vor den Spielen:  
Wenig Transparenz und kaum Bürgernähe!?**

Noch nie gab es so viele Einwendungen bei einem Mülheimer Bebauungsplan wie jetzt beim H 17 "Gewerbegebiet Brunshofstr. am Flughafen Essen/Mülheim"! 4500 Bürgereingaben!



Selten war die Auslegungsfrist aber so bürgerunfreundlich wie beim H 17 und die Ankündigung praktisch Null! Und dennoch rekordverdächtige Bürgerbeteiligung. Es geht um viel:

## Ausweitung des Flughafens zum Düsenflughafen?

**Schluss mit den falschen Spielen zum Flughafenausbau Essen/Mülheim!**

**Unglaubliche Haltung von Verkehrsminister Wittke!**

Mit Schreiben vom 4.8. an Innenminister Wolf und Verkehrsminister Wittke, nachrichtlich an RP Büssow sowie die Landtagsfraktionen hatten die MBI folgende Beschwerde eingelegt: *Betr. "Zukunft des Flughafens Essen/Mülheim im Zusammenhang mit der Offenlage des Bebauungsplans „Büro- und Gewerbepark am Flughafen Essen/Mülheim – H 17“ –*

*hier: Aufforderung, das laufende Auslegungsverfahren anzuhalten“*

Am 28. August endete die Auslegungsfrist dieses höchst bedenklichen Verfahrens. Am 29. Aug. kam die allererste Antwort, und zwar von IM Wolf, der erklären ließ, er sei nicht zuständig. *„Die Frage, ob ein Bauplanverfahren ordnungsgemäß durchgeführt ist, prüft das Ministerium für Bauen und Verkehr als fachlich zuständige oberste Bauaufsichtsbehörde. Sollten sich nach der fachlichen Prüfung Aspekte ergeben, die die Kommunalaufsicht berühren, liegt die Zuständigkeit bei der Bezirksregierung Düsseldorf.“* heißt es in dem Brief.

Es ist mehr als beschämend, dass keine Landtagsfraktion und auch das Wittke-Ministerium bisher nicht einmal eine Eingangsbestätigung schickte. Es ist ein Unding, dass das Land NRW, sprich der zuständige Minister, als Miteigentümer des Flughafens jetzt auch noch so tut, als wüsste er von nichts. *„Er sehe „keine Veranlassung“ Stellung zu nehmen, beschied jetzt Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) ... Außer einigen „nicht aussagekräftigen Presseartikeln“ lägen der Landesregierung keine Informationen vor.“* (NRZ 30.8.08). Das ist so nicht richtig. Die MBI schrieben vor über 1 Monat(!) u.a.: *„Deshalb fordern wir hiermit zusätzlich Sie, sehr geehrter Herr Wittke, als den zuständigen Minister auf, folgende Punkte zu untersuchen und gegebenenfalls notwendige Schritte zur Schadensminimierung einzuleiten:*

1. Im Verfahren des H 17 wurde eine Änderung insofern vorgenommen, als flugaffines Gewerbe entgegen der Zusagen etwa in der Bürgeranhörung an keiner Stelle ausgeschlossen wird. Zusätzlich erklärte Herr Wüllenkemper über die Medien, dass er dort die Wartung von Flugzeugen, u.a. Airbus A 320, betreiben möchte. Dazu passen die Änderungen des B-Plans für Baufeld 1. Dafür wäre aber auch die Genehmigung des Flughafens als solche zu ändern. Diese Frage hätte vor Offenlage geklärt werden müssen. Es kann nicht angehen, dass Bürger bei einem derart fundamentalen Punkt, der bei der ersten Bürgerbeteiligung nicht einmal absehbar war, spekulieren und raten müssen, ohne dass dazu von den zuständigen Landesbehörden entsprechende Stellungnahmen vorliegen. ....“
2. die fehlende Risikoabschätzung zu dem direkt angrenzenden größten Gasspeichers Europa ....

**Das Land hätte als Miteigentümer von sich aus tätig werden müssen, um zu erfahren, was läuft. Dann hätte es darauf pochen müssen, beteiligt zu werden. Wenn die Ministerialen aus den „wenig aussagekräftigen Presseartikeln“ nichts herauslesen konnten (oder wollten), so mussten sie spätestens mit Erhalt der MBI-Beschwerde den Dingen nachgehen.**

**Minister Wittke tat sich vor Jahren bereits hervor als Fan des Flughafenausbaus, damals mit seiner Idee der Probedüse, was aber kläglich scheiterte. Wenn er jetzt im Stil der berühmten 3 Affen so tut, als wäre er unwissend und unbeteiligt bei dem Versuch, den Düsenflughafen Essen/Mülheim durch die Hintertür des Bebauungsplans zu ermöglichen, so ist das unredlich.**

## Das Elend der Parteiendemokratie: Paradebeispiel Flughafen Essen/Mülheim + die Odyssee eines MBI-Antrags

Zum Kaugummithema Flug- bzw. Flughafen Essen/Mülheim die Geschichte und Vorgeschichte eines MBI-Antrags auf Odysseefahrt, der genau zeigt, warum die kränkelnde Demokratie nicht nur in Mülheim kaum noch funktioniert und sich in den taktischen Mauseheilen der Parteien völlig verstrickt.

### Vorgeschichte

**1994** beschlossen alle Mülheimer Parteien außer der FDP den Ausstieg aus dem Flughafen Essen/Mülheim. Der war aber wegen der langfristigen Verträge von Wüllenkemper und vor allem dem Aero-Club nicht umsetzbar.

**1999** schwenkte die SPD im Wahlkampf um und setzte auf Ausbau des Flughafens. Nicht zuletzt auch deshalb wurde Dr. Baganz (CDU) Oberbürgermeister und SPD+FDP als Befürworter eines Flughafenausbaus fehlte eine Stimme zur Mehrheit im Rat. Zwei Versuche, einen Ausbaubeschluss für den Flughafen zu bekommen, scheiterten in 1999 und 2000.

Dann lief der damalige MBI-Ratsvertreter Yassine **Mitte 2001** unter Mitnahme des Ratsmandats zur SPD über. SPD und FDP gründeten unmittelbar danach eine „strategische Allianz“, die bereits in der folgenden Ratsitzung am 27.9.01 mit ihrer neuen 1-Stimmen-Mehrheit einen Ausbaubeschluss für den Flughafen durchsetzte.



FDP den Ausstieg aus dem Flughafen Essen/Mülheim. Der war aber wegen

Bei den Kommunalwahlen **2004** verloren die „Flughafenparteien“ SPD und FDP am deutlichsten. Sie haben heute nur noch 23 von 52 Sitzen im Rat der Stadt, bzw. mit Frau OB Mühlenfeld 24 von 53 und ohne den dauerabsenten Yassine nach Auffliegen seiner Betrügereien 23 von 52.

In der **Stadt Essen** gilt immer noch der Ausstiegsbeschluss von 1994.

Das letzte Drittel des Flughafens gehört dem **Land NRW**. Im Düsseldorfer rot-grünen Koalitionsvertrag von 1996 war die Schließung des Flughafens Essen/Mülheim festgeschrieben. Das war so zwar nicht umzusetzen wegen der Aeroclub-Problematik, doch gibt es auf Landesebene keinen Beschluss zum Ausbau.

Der übergeordnete Gebietsentwicklungsplan (GEP) sieht zudem für einen großen Teil des Geländes ein allgemeines Siedlungsgebiet vor.

**Alle Argumente für und gegen den Flughafenausbau, die kleine oder größere Düse uswuf. sind in den letzten Jahren ausführlichst wieder und wieder ausgetauscht worden.** Auch die z.T. insbesondere finanziell sehr schlechten Erfahrungen mit dem Ausbau kleinerer Flughäfen wie in Mönchengladbach, Erfurt, Dortmund, Weeze usw. sind hinlänglich bekannt.

**Die teilweise peinlichen Diskussionen um Probedüse oder Ausnahmegenehmigungen für Düsenflüge letztes Jahr zeigten, dass es überfällig ist, den Schwebezustand zu beenden, der einzig deshalb besteht, weil der Mülheimer Ausbaubeschluss aus 2001 per gekaufter Stimme weiter gilt trotz anderer Ratsmehrheiten und entgegengesetzter Beschlusslage der Stadt Essen.**

Doch anstatt über den entsprechenden MBI-Antrag (s.u.) abzustimmen, wurde dieser seit 2006 auf eine wahre Odyssee geschickt und bereits sechsmal bürokratisch verschoben oder einfach weggestimmt. Die Mülheimer SPD/CDU-Koalition hatte sich nämlich Ende 2004 auf eine Art Stillhalteabkommen zum Flughafen geeinigt. Der Überläufer-Beschluss blieb also bestehen und Frau Mühlenfeld und Geschäftsführer Eismann versuchten ein ums andere Mal, eine Hintertür für Düsenflugerlaubnisse zu finden. Fast alles scheiterte, doch weniger an der vorgeführten Mülheimer CDU als an der Stadt Essen.

Jetzt, 1 Jahr vor den nächsten Wahlen, der Großangriff mit der Veränderung des B-Plans zum Gewerbegebiet am Flughafenrand bei gleichzeitiger Offensive von Wüllenkemper, der mit Abwanderung der Zeppelinwerft droht, wenn er nicht seine Flugzeuge und noch zu kaufende Airbusse am Flughafen Essen/Mülheim warten könne. Und siehe da: Die CDU fiel um, was sie aber per Dauer-Eiertanz überspielen wollte.



**Der MBI-Antrag „Zukunft des Flughafens Essen/Mülheim“ lautet: "Der Rat der Stadt möge beschließen: Die Genehmigung des Flughafens Essen/Mülheim wird nicht ausgedehnt auf Düsenflugzeuge, auch nicht auf Probe oder für längerfristige Dauer-Ausnahmegenehmigungen. Dadurch wird auch ein Verfahren zur Instrumentierung überflüssig. Alle Beschlüsse des Mülheimer Rates vom 27.9.01 aus der Drucksache A 01/0805-01 sind damit aufgehoben."**

Dieser Antrag wurde am 11. Sept. von SPD+CDU erneut weggestimmt. Jämmerliche Parteiendemokratie!

# Mülheimer Betonpolitik und kein Ende? Jetzt auch noch am Rumbachtal?

Nach zuletzt Beschlüssen zur Zerstörung und Bebauung weiterer Frei- und Grünflächen wie an Kühlen-, Augusta-, August-Thyssen- und Mergelstraße, Fünter- und Mariannenweg, am Oemberg und Wenderfeld, im Gartendenkmal der Ostruhanlagen uswuf. nun der nächste Streich Mülheimer Versiegelungsorgien: Der Bebauungsplan „Tilsiter Straße/Haustadtsfeld - G 14“: Entlang der Tilsiter Straße und am Oppspring soll am Hang zum Rumbachtal Wohnbebauung für „gehobene, Ansprüche entstehen im sog. „Übergangsbereich zur freien Landschaft“.

**Nach der aktuellen Klimaanalyse aus 2003 gehört dieses Plangebiet zum „regional bedeutsamen Ausgleichsraum Freiland und zum Kaltlufteinzugsgebiet Rumbachtal“. Der Klimabericht empfiehlt, diese stadtnahen Freilandflächen zu sichern und aufzuwerten und in jedem Fall von Besiedelung freizuhalten.**

Das exakte Gegenteil ist mit dem Bebauungsplan G 14 vorgesehen!

So verständlich es sein mag, dem Bauern die Möglichkeit zu geben, seine Äcker zu versilbern: Aus gesamtstädtischer Sicht darf dieser B-Plan nicht verwirklicht werden!

Auch die vielen Naherholungssuchenden, die dort spazieren gehen, würden es der Politik danken, wenn sie dieses weitere Uralt-“Schätzchen“ Mülheimer Betonplanung endgültig ablehnt!

**Wer in Zeiten der erwiesenen Klimaerwärmung derart sensible Bereiche ohne erkennbare Not oder wirklichen Bedarf opfern möchte, der sollte Worte wie Klimaschutz besser nicht mehr in den Mund nehmen. Mülheimer Planungsrealität bedeutet leider weiterhin nachhaltige Zerstörung trotz schrumpfender Bevölkerungszahl, Klimaerwärmung uswuf..**

Am 14. Juli gründete sich die

## Bürgerinitiative

der es gelang, zur offiziellen am 28. Aug. so viele Mitbürger dass selbst der Gemeindesaal nicht ausreichte. Man wird Parteien auf die Bürger hören Ausrede eines von dem Bauern bezahlten Gutachtens die städtische Klimaanalyse ignorieren!



F L M ,  
Bürgeranhörung zu mobilisieren, von Heilig Geist sehen, ob die oder mit der



**Hurra! Wiederbelebung der denkmalgeschützten MVG-Jugendstilhalle durch Engagement der Vereine endlich möglich!**



Die denkmalgeschützte Halle II auf dem MVG-Gelände in Broich (sog. „alte Dreherei des Ausbesserungswerkes Mülheim-Speldorf“) verrottete über viele Jahre. Einziger Bieter einer Ausschreibung zu Verkauf und Umnutzung war eine Gemeinschaft verschiedener Mülheimer Vereine, die ein spannendes Nutzungskonzept vorlegten, um aus der Halle ein regional bedeutendes Zentrum für verschiedene Vereinsaktivitäten zu machen. Der Mut und das vorbildliche Engagement der Bürger drohte aber durch dauernde Nachforderungen von MVG und Stadt verunmöglicht zu werden!

Der Landeskonservator aber intervenierte: „... dieses einzigartige Industriedenkmal der Kulturgeschichte .... in idealer Weise der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. ...Sollte der Planungsausschuss den Abriß der Halle beschlossen haben, kann ich Ihnen versichern, dass wir von unserer Seite aus alle Möglichkeiten des Denkmalschutzes ausschöpfen werden, um den Erhalt der Halle zu sichern.“

Nach dieser schallenden Ohrfeige für die Planungsdezernentin kam es endlich zu der einvernehmlichen Einigung. Die Grundsicherung der Halle (Dachsanierung) kann damit noch dieses Jahr durchgeführt werden!

**Eines der spannendsten Projekte Mülheims kann jetzt gestartet werden.**